

De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Oktober/2013

www.dkp-koeln.de

Große Koalition? Nein!

630 Sitze gibt es im Bundestag. CDU/CSU haben davon nur 311. Merkel hat keine Mehrheit. Sie braucht Koalitionspartner.

Die nordrhein-westfälische SPD hat sich gegen eine Große Koalition ausgesprochen. Auch der SPD-Unterbezirk Köln ist dagegen. „Die SPD taugt nicht zum Steigbügelhalter von Frau Merkel. Die Kölner SPD empfiehlt dem Parteikonvent der Bundes-SPD, keine Große Koalition anzustreben“. (Kölnische Rundschau 25. September) Jetzt sollen die SPD-Mitglieder entscheiden. Das wird einige Wochen dauern.

Auch die DKP will keine Große Koalition.

Warum? Wir sind sicher, daß mit Angela Merkel die schon 2009 ins Grundgesetz eingeführten Schuldenbremsen greifen werden. Auch in den Ländern gelten derartige Kürzungsregelungen. Erst recht werden sie in den Städten und Gemeinden umgesetzt. Soziale Bereiche, Kultur, Sport und Bildung werden kaputt gekürzt. Dagegen verbleiben Banken, Hedgefonds und andere Finanzinstitute unter großzügigen, staatlich finanzierten Rettungsschirmen. Die faulen Kredite der Banken übernimmt der Staat, die Gewinne werden geschont. Sie bleiben privat. Die großen Vermögen explodieren. Hier müßten Steuern ansetzen.

Aber mit der CDU wird es keine Besteuerung der Reichen geben!

Die Arbeitenden, erst recht die Arbeitssuchenden, die Rentnerinnen und Rentner verarmen.

Merkel hat keine Mehrheit im Bundestag.

Sie braucht die SPD in der Regierung. Nur so würde sie wieder Kanzlerin, aber die SPD verliert: Einfluss, Reputation, Glaubwürdigkeit – und an Zustimmung (Bundestagswahl 2005: 16 Mio Stimmen, nach der Großen Koalition 2009: 10 Mio Stimmen). Eine SPD, die den Wähler nicht ernst nimmt und stattdessen mit Merkel Kürzungs- und Kriegspolitik macht, wird überflüssig. Womöglich dauert es lange, bis sich eine Bundesregierung zusammenschiebt. Umso wichtiger ist, dass sich in den nächsten Wochen Proteste gegen die große Koalition rühren.

- Klaus Stein

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Es lächelt der See, er ladet zum Bade - Gift in Kölner Baggerseen, S.2
- Altersarmut in Deutschland, S.2/3
- Verletzliches Post- und Fernmeldegeheimnis - Bespitzelung in der BRD, S.6/7
- Das Grundgesetz in seiner wahrheitsgemäßen Fassung, S.4/5

Es lächelt der See, er ladet zum Bade

Immendorf liegt im südlichsten Zipfel von Köln. In unmittelbarer Nachbarschaft ösen Baggerseen. Hier herrscht Ruhe. Friedhofsruhe.

Die Seen sind mittels Nato-Stacheldraht abgesperrt. Man kommt nicht ran, soll es auch nicht. Denn diese Seen sind mit PFT belastet, mit perfluorierten Tensiden. Krebserregendes Gift. Es wurde in den Seen und im Grundwasser im Mai 2010 nachgewiesen. Als Verursacher gilt die Werksfeuerwehr der Firma Lyondell-Basell, die bei Übungen belastete Löschschäume eingesetzt habe. Die Firma Basell Polyolefine GmbH in unmittelbarer Nachbarschaft produziert Polymere, Vorprodukte für Kunststoff.

Mehrere Menschen hatten verseuchte Fische aus den Seen verzehrt. Kiesabbau, Angeln und Baden sind seitdem untersagt. Umweltdezernentin Henriette Reker versichert, dass keine Gefahr für Menschen bestehe, das PFT aufzunehmen, sofern das Angel- und Badeverbot beachtet werde. (Kölner Stadtanzeiger 25.9.13) Die Bezirksregierung hat die Sanierung veranlasst. Sie ist aufwendig und teuer, beschränkt sich aber auf die Stellen, wo „bei mehreren Übungen auf einem Raffineriegelände“ (Gesundheitsausschuss des Kölner Stadtrats, 12.3.2013) bis 2004 PFT-haltige Löschschäume ins Erdreich gesickert sind.



Quelle: Arbeiterfotografie

Das Grund- und Seenwasser indes kann nicht saniert werden. Es soll sich vielmehr mit den Jahren selbst reinigen, indem das belastete Wasser allmählich durch sauberes nachfließendes Wasser ersetzt wird. Mit den Jahren...

Die Vergiftung des Wassers zwischen Immendorf und Meschenich mit perfluorierten Tensiden (PFT) wird kein strafrechtliches Nachspiel haben. „Das Chemieunternehmen LyondellBasell weist eine Anerkennung der Schuld zurück. Die Löschschäume seien zum Zeitpunkt ihres Einsatzes durch die Feuerwehr zulässig gewesen.“ (KStA 25.9.13)

Mögliche Klagen richten sich nach Mitteilung der Stadt nicht gegen die Firma als juristische Person, allenfalls gegen die in ihrem Auftrag handelnden Menschen. Die Staatsanwaltschaft habe folglich gegen Mitarbeiter der Werksfeuerwehr ermittelt. Das Verfahren sei jedoch eingestellt worden.

Altersarmut in Deutschland

Die Anzeichen wachsender Altersarmut sind nicht mehr zu übersehen. Alte Menschen, die in Mülleimern nach Leergut suchen, gehören mittlerweile zum alltäglichen Erscheinungsbild in Deutschland. Suppenküchen sprießen wie Pilze aus dem Boden.

Noch 2009 bestritt die Bundesregierung trotz eindeutiger Befunde, dass Altersarmut ein gesellschaftliches Problem darstellt und verwies auf die Leistungen

der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die es seit dem 1. Januar 2003 gibt.

Diese liegt aber mit 688 EUR weit unter

Armutsgrenze und ist somit selbst ein Indikator für Altersarmut. Die Anzahl der Beziehenden stieg von 439.000 (2003) um mehr als 80 Prozent auf 797.000 (2010), in der Mehrheit Frauen. Gemessen an der üblichen Armutsgrenze von 60 Prozent des gewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens galten 2009 13,6 Prozent dieser Altersgruppe als arm. Auch die Zahl der Rentner, die im Alter auf einen Zuverdienst angewiesen sind, steigt beständig. So ist die Zahl der geringfügig Beschäftigten im Rentenalter von 2000 bis 2011 um ca. 60 Prozent von 281.507 auf 761.736 gestiegen, darunter 118.084 Minijobber/innen, die 75 Jahre und älter sind.

Steigende Armut und die zu erwartende Armutswelle im Alter sind Folge einer seit Beginn der 90er Jahre betriebenen Politik der systematischen Zerschlagung der Gesetzlichen Rentenversicherung, des Sozialstaates, der Deregulierung des Arbeitsmarktes und der konsequenten Umverteilung von unten nach oben. Die von der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder beschlossene sog. „Agenda 2010“ und die „Hartz-Reformen“ stellen in dieser Hinsicht einen Meilenstein dar. Die Rentenreform von 2001 beinhaltete neben einer weiteren Schwächung der GRV auch mit der Einführung der sog. „Riester Rente“ die Teilprivatisierung der Rente, die Abkehr vom solidarischen Modell der umlagefinanzierten GRV hin zu einer privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge. Seitdem werden kontinuierlich das Rentenniveau abgesenkt, die jährliche Rentenanpassung ausgesetzt (sog. Nullrunden) und die Beitragssätze gesenkt. Dementsprechend ist die Kaufkraft der gesetzlichen Rente von 2001 bis 2010 bereits um 8% gesunken. Das Rentenniveau betrug 2001 53% und soll bis 2030 auf 43% gesenkt werden. Auch die von der großen Koalition 2006 unter dem damaligen Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering beschlossene

Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre läuft auf eine Rentenkürzung hinaus.

Die Menschen sollen in die private kapitalgedeckte Vorsorge getrieben werden. Nutznießer sind neben den Arbeitgebern, deren Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sinken, vor allem die Versicherungsbranche und die Finanzdienstleistung. Milliarden sind durch die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge bereits als zusätzliche Spekulationsmasse in die Finanzmärkte geflossen. Die Riester-Rente wurde von 2002 bis 2010 vom Staat mit 12 Milliarden EUR subventioniert. Davon gingen 11 Milliarden an die Versicherer und lediglich 1 Milliarde über Steuern an die Versicherten. Zusammen mit den über 25,5 Milliarden an Beiträgen der Versicherten macht das ein sattes Geschäft von 36 Mrd. EUR. Für die mittlerweile 8 Millionen im Niedriglohnssektor arbeitenden Menschen, für das Heer der prekär Beschäftigten und Mini-Jobber, ist die Riester-Rente für die Altersvorsorge und im Hinblick auf die Schließung der mit der Zerstörung der GRV verbundenen Versorgungslücke vollkommen unbrauchbar. Sie sind schlichtweg finanziell nicht in der Lage, privat für ihr Alter vorzusorgen. Die Altersarmut von Millionen Menschen ist somit vorprogrammiert und wird in Kauf genommen.

Mit Ausnahme der Linken halten alle Parteien im Bundestag an dem mit der „Agenda 2010“ eingeschlagenen Kurs der Deregulierung des Arbeitsmarktes, des Sozialabbaus und der Privatisierung der Altersvorsorge fest. Umso nötiger ist der Protest gegen diese Politik, die immer breitere Bevölkerungsschichten in die Armut stößt, der Kampf für eine längst überfällige Umverteilung von oben nach unten.

-D. S.

DAS GRUNDGESETZ IN DER WAHRHEITSGEMÄSSEN FASSUNG:

ART.1

Die Würde der Banken ist unteilbar und unantastbar.

ART.2

Wer auf ein Post-, oder Fernmeldegeheimnis besteht, hat etwas zu verbergen und ist damit ein Terrorist.

ART.3

Wer kein Nazi ist, darf auch nicht demonstrieren. Wer es trotzdem tut ist ein Feind der Demokratie.

ART.4

Wer seine Meinung, abweichend von der amtlichen Meinung frei äußert, macht sich verdächtig ein Extremist zu sein.

ART.5

Alle Macht geht von den Konzernen aus.

ART.6

Über dem deutschen Staat steht souverän die NATO, allen voran die USA und ihre freien, nicht kontrollierten Dienste.

ART.7

Die Schulden des Staates haben prinzipiell die zu tragen, die sie nicht verschuldet haben.

ART.8

Jegliche Kritik an der freien und sozialen Marktwirtschaft ist undemokratisch.

ART.9

Die freie Presse hat die Pflicht, im Dienste der demokratischen Grundordnung zu verfälschen, zu lügen und zu manipulieren.

ART.10

Die Schere im Kopf wird bei demokratischen Journalisten als selbstverständlich vorausgesetzt und ist ein wichtiges Zeichen freiheitlicher Gesinnung.

ART.11

Jeder darf glauben was er will, außer fundamentalistische Muslime, die automatisch unter Terrorverdacht stehen, sowie kommunistische und linksradikale Ideologen.

ART.12

Jeder hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit, es sei denn, er ist Demonstrant oder ein afrikanischer Flüchtling. Die können auch mal zufällig verbrennen.

ART.13

Jugendliche haben das Recht auf die freie Berufswahl, wenn denn welche zur Wahl stehen. Sie haben auf keinen Fall das Recht auf einen Ausbildungsplatz.

ART.14

Leistungsbezieher nach Hartz haben nur beschränkte Würde und brauchen daher auch keine Bürgerrechte.

ART.15

Leistungsträger sind politisch bevorzugt zu behandeln. Um den Rest braucht sich das politische Personal nicht groß zu bemühen.

ART.16

Die Verfassungsschutzdienste sind frei. Sie haben die Freiheit Linke und andere Subversive mit allen Mitteln zu bekämpfen, auch mit Illegalen.

ART.17

Das Recht auf Asyl ist faktisch abgeschafft. Minderheiten sind dazu da, ausgegrenzt, benachteiligt und abgeschoben zu werden

ART.18

Diese Verfassung kann ständig im Interesse der Deutschen Wirtschaft geändert werden. Wir empfehlen daher ein Abonnement.

Verletzliches Post- und Fernmeldegeheimnis

Der US-amerikanische Geheimdienst NSA kontrolliert und speichert systematisch pro Monat eine halbe Milliarde Telefonate, Mails und SMS bei uns im Land. An normalen Tagen sind es bis zu 20 Millionen Telefonverbindungen und um die 10 Millionen Internetdatensätze. Gezielt werden die EU-Vertretungen in Washington und New York mit Wanzen abgehört. Die Computersysteme sind infiltriert. Auch die UNO wird belauscht.

Mit dem System XkeyScore kann die NSA die Aktivität einer Zielperson in Echtzeit erfassen. Auch der BND und der Verfassungsschutz setzen XKeyScore ein.

Die bürgerliche Öffentlichkeit der Bundesrepublik ist beunruhigt. Innenminister Friedrich musste Mitte Juli in die USA fliegen, damit sich die Aufregung lege. Sie legte sich aber nicht.

Bekannt wurde seine irrierte Behauptung, Sicherheit sei ein Supergrundrecht. Aber die Verfassung kennt kein Sicherheitsrecht, schon gar nicht eins, das Grundrechte auszuhebeln vermöchte. Das Postulat Sicherheit gilt zudem nicht für jedermann. V-Leuten, die der Beteiligung an NSU-Morden verdächtig sind, wird die Aussagegenehmigung verweigert. Sie bleiben abgeschirmt.

Innenminister Friedrich lügt:

„Die Behauptung, es würden millionenfach deutsche Staatsbürger ausgespäht, ist schlichtweg falsch.“ „In Deutschland gelten unsere Gesetze und die setzen wir auch durch.“ (Kölnische Rundschau 17.8.13) Der Minister schweigt vom G 10-Gesetz und die seit der Existenz der BRD völker-

rechtlich bindenden Vereinbarungen mit den westlichen Alliierten.

Die USA, Frankreich und Großbritannien konnten einen umfangreichen Überwachungs- und Geheimdienstapparat in der Bundesrepublik installieren.

Sie überwachten von Anfang an den gesamten Post- und Telefonverkehr, mitsamt der Korrespondenz der Bundesregierung und der Bundestagsabgeordneten, ihrer Telegramme und Telefonanschlüsse.

Das alles auf der Grundlage von Vereinbarungen, die so geheim wie verfassungswidrig sind. Das ging bis zum 30. Mai 1968 so, als im Windschatten der Notstandsgesetze der Artikel 10 des Grundgesetzes („Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden.“) ergänzt wurde: „Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, dass sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und dass an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von

der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.“

Keine Benachrichtigung, kein Rechtsweg, obwohl er in Artikel 19,4 des GG garantiert wird.

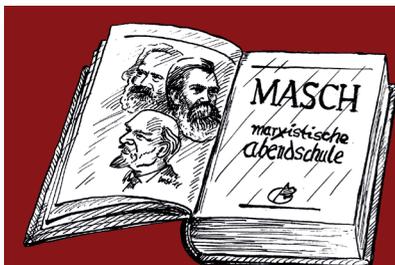
Das G 10-Gesetz vom 13. August 1968 ermächtigt die Geheimdienste, „zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ oder den „Bestand oder die Sicherheit des Bundes“ Briefe und Pakete zu öffnen sowie die Telekommunikation zu überwachen. Das schließt Maßnahmen zur Sicherheit der NATO-Truppen ein. Die Postdienste sind zur Mitarbeit verpflichtet

Prof. Josef Foscemoth kommt in seinem Buch „Überwachtes Deutschland. Post-

und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik“ zu der Schlußfolgerung: Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit des Post- und Fernmeldegeheimnisses gibt es nicht mehr. Der Umfang der Überwachung ist größer als zu Zeiten des Kalten Krieges. Die NSA hat in der Republik völlig freie Hand.

Immerhin halten die Proteste gegen die Überwachung an. 10 000 Menschen beteiligten sich an den bundesweiten Aktionen „Stop watching us“ am 27. Juli. Am 7. September haben allein in Berlin unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ 20 000 Menschen demonstriert.

-Klaus Stein



Marxistische Abendschule

Thema:

„Die Oktoberrevolution in Russland“

**16. Oktober 19:30 Uhr - Freidenkerzentrum,
Bayenstraße 11, 50670 Köln**

Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP

Die Kommunistische unter den Linken.

www.kommunisten.de

*Jetzt
4 Wochen
kostenlos
probelesen!*

Ja, ich will:

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP-Partei Vorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de



Stört leider die Politik der Union

Unser nächster Gruppenabend:

**Thema: „Alternative für Deutschland -
in wessen Interesse?“**

22.10.2013, 19:30 Uhr

Freidenkerzentrum Bayenstraße 11

Schau doch mal vorbei!



Impressum

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP
Köln-Innenstadt
Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Roßels, Bayenstraße 11, 50670 Köln